



Was bei der Jagd auf die freie Marktwirtschaft zu bedenken wäre

ANTHONY DE JASAY

Welche Wirkungen sind von all den Regulierungen als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten?

Seit je haben sie das gehasst, was sie die freie Marktwirtschaft nennen. Leitartiklern, freischaffenden Publizisten und linksorientierten Ökonomen war es schon immer ein Dorn im Auge, dass die Bilderstürmer der Thatcher-Regierung seinerzeit derart viel Vertrauen in die Deregulierung, die selbstregulierenden Mechanismen und allgemein die «blinden Kräfte» des Marktes gesetzt hatten. Dieser Groll rührte zum einen daher, dass dieses Vertrauen in den Markt in ihren Augen nichts anderes war als die Ablehnung der rationalen, wohlinformierten und wohlwollenden Politikgestaltung, für die sie sich doch als Experten zuständig fühlten. Zum andern waren diese «differenziert Argumentierenden» empört darüber, wie der Begriff freie Marktwirtschaft einfach so unsensibel über all die Aspekte jener «sozialen Gerechtigkeit» hinwegging, an die sie doch so fest glaubten.

Die Mär vom erfolgreichen New Deal

Bisher pflegten sich Kapitalismusgegner allerdings meist mit vorsichtigen Schüssen aus dem Hinterhalt zu begnügen, denn angesichts der offensichtlichen Effizienz von Marktmechanismen war es schwierig, einen direkten Frontalangriff gegen ein System zu führen, das in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten einen vorher nie erlebten materiellen Wohlstand hervorgebracht und das anderthalb Milliarden Menschen den Weg aus der bittersten Armut heraus ermöglicht hat. Nun aber ist die Jagdsaison eröffnet. In der Öffentlichkeit erhält lauten Applaus, wer auf die freie Marktwirtschaft schießt, denn die Ansicht ist verbreitet, dass dieses System kläglich versagt habe. An seiner Stelle will man nun den starken Arm und die helfende Hand des Staates heranziehen, um den billionenschweren Schaden zu beheben, den wild gewordene Banker angerichtet haben.

In der öffentlichen Meinung gibt es tief verankerte Vorstellungen, wenn es um die Frage geht, warum und auf welche Weise sich grosse Umwälzungen ereignen. Und vorgeflüstert werden diese Meinungen meist von Medien und vorwurfsvoll murrenden Ökonomen. So sind die Menschen absolut überzeugt davon, dass Präsident Roosevelt seinerzeit die Grosse Depression besiegt habe. Die Einschätzung vieler Wirtschaftshistoriker, wonach Roosevelts New Deal im Grunde die Erholung verzögert hat, wird fast vollständig ausgeblendet. Und auf genau die gleiche Art wird nun der gegenwärtige Abschwung einem verbreiteten Praktizieren von Laissez-faire-Regeln zugeschrieben.

Der Unsinn von Regulierungen

Dabei ist heute schon klar, dass die Unterminierung des Bankensystems und damit auch der ganzen Industrie und des Handels nicht auf mangelnde Regulierung zurückzuführen ist, sondern auf die hybride Natur der bisherigen Regulierungen, die ein Sammelsurium widersprüchlicher Vorgaben darstellen. Wenn man beispielsweise den Banken Eigenkapitalvorschriften macht, heisst das im übertragenen Sinn, dass man immer 100 € als Notvorrat in der Tasche haben soll. Da man diese Reserve nie brauchen darf, läuft es eigentlich darauf hinaus, dass man diese Euro gar nicht hat. Sollte man in Not kommen, müsste man zuerst das Hemd verkaufen, bevor man die Reserve nutzen dürfte.

Und nun kombiniere man diese Eigenmittel-Vorgabe mit den Bewertungsvorschriften, die die Banken dazu zwangen, die toxischen Papiere in ihren Bilanzen gemäss der «mark to market»-Regel zu bewerten und somit praktisch abzuschreiben, als der Markt dafür eine Zeitlang einfach verschwand — unter anderem weil niemand die letzten 100 € brauchen konnte. Die sich überlagernden Wirkungen der zwei Regeln waren stark genug, um das Bankensystem zu ruinieren.

Ein weiteres spektakuläres Beispiel dafür, wie unsinnig es ist, an Regulierung zu glauben, stellt der Betrugsfall Madoff dar. Die Investoren, die dem Betrüger ihr Geld gaben, wären sicher vorsichtiger gewesen, hätten sie nicht die Präsenz des Regulators sowie der Firmen-Revisions-Stelle als Signale für Sicherheit interpretiert. Regulierung verlieh auf diese Weise eine Art Qualitätssiegel, das wahrlich toxisch genannt werden muss, wenn die Regulierer unfähig oder korrupt sind. Die Frage stellt sich, ob Regulierung durch fehlbare menschliche Wesen nicht gefährlicher ist als der vielgeschmähte freie Wettbewerb, bei dem darauf zu achten ist, wo man hintritt. Die Forderung, man brauche eine bessere Regulierung, bringt nichts. Es ist immer erstrebenswert, etwas Bestehendes zu verbessern. Aber der Glaube, dass dies immer möglich sei, ist kindisch.

Die ganze Kontroverse ist denn auch aus einer umfassenderen Perspektive zu betrachten, man muss von grundsätzlichen Fragen ausgehen. Ist die freie Marktwirtschaft zum einen überlebensfähig, und kann sie zum andern Fehler selber korrigieren? Die etablierte Gleichgewichtstheorie besagt, dass dem so ist. Die empirische Evidenz dagegen ist nicht so eindeutig, denn heute ist keine solch freie Ordnung in genügend reiner Form beobachtbar — noch war dies früher jemals der Fall —, um entsprechende Thesen hieb- und stichfest zu belegen.

Ist Sozialismus eine Alternative?

Und wie steht es mit dem Sozialismus, ist diese Ordnung überlebensfähig und selbstkorrigierend? Ökonomie und Psychologie sprechen im Ganzen gesehen dagegen. Und Evidenz, die das widerlegen würde, gibt es keine. Obwohl es Sozialismus in reiner Form ebenso wenig gegeben hat wie Kapitalismus pur, waren die Erfahrungen der Menschen mit den Sozialismus-Formen in Russland, China, Indien und Afrika doch desaströs genug, um die Frage eindeutig mit «Nein» beantworten zu können. Und dann gibt es noch die hybriden Systeme. Ein breites Spektrum von Ausprägungen eröffnet sich da, wenn man in Richtung «dritten Weg» geht, in Richtung der «neuen, moralischen, feinfühlig kontrollierten», idealen Kombination von Regeln, die man einerseits beim reinen Kapitalismus, andererseits beim Sozialismus entlehnt und frisch zusammensetzt, in der Hoffnung, der Bastard möge besser funktionieren als die Eltern, von denen er abstammt.

Verfechter des dritten Weges behaupten, dass man damit die produktiven Kräfte des Marktes zur Geltung bringen und zugleich dessen unerwünschte Eigenschaften unterdrücken könne. Das ganze Gerede von freien Märkten mutet allerdings seltsam an in Ländern, in denen zwischen 40% und 55% des Sozialprodukts — bald wird man zwischen 45% und 60% liegen — vom Staat und von der sozialen Sicherung absorbiert werden. Der Staatseinfluss ist allgegenwärtig und dringt durch alle Ritzen, sei dies direkt oder indirekt, mit oder ohne

Einverständnis der Bürger.

Ein Patient an vielen Schläuchen

Die typische hybride Ordnung erinnert an einen Patienten, dem allerhand Stoffe zugeleitet oder abgesaugt werden, um ihn zu ernähren, aufzuputschen, zu sedieren oder um die Wirkung anderer Stoffe zu neutralisieren. Die körpereigenen Kreisläufe werden ergänzt, korrigiert und übertönt, und bei jeder Medikation zeigt sich früher oder später, dass sie durch noch raffiniertere Überbrückungen und Regelungen verstärkt, korrigiert, ergänzt oder neutralisiert werden muss.

Und immer schwingt die Hoffnung mit, dass das System dadurch noch besser werde. Zu einem endgültigen Zustand wird man freilich nie gelangen, denn mit dem Zusammenbasteln neuer Hilfsdispositive wird man nie fertig sein, das Unterfangen muss laufend weiterentwickelt werden, es wird komplizierter. Nach und nach wird der Patient allerdings immer weniger danach aussehen, als könne er irgendwann wieder Sport treiben und Hochleistungen erbringen; mit der Zeit wird er wirklich zum Invaliden. Vieles deutet darauf hin, dass die Interventionen eben doch weniger bringen, als wenn die Heilung den körpereigenen Kräften überlassen bleibt.

Dieser Artikel ist in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 30. April 2009 erschienen. Das Liberale Institut betreibt die offizielle Website Anthony de Jasays.

April 2009



Dieser Text ist verfügbar online unter: <https://www.libinst.ch/?i=was-bei-der-jagd-auf-die-freie-marktwirtschaft-zu-bedenken-ware>

© Copyright 2009 **Liberales Institute**